

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Bundespräsident Wulff erweist dem Europäischen Parlament die Ehre



Bundespräsident Christian Wulff (rechts), in der Mitte Dr. Thomas Ulmer MdEP

Der neue deutsche Bundespräsident Christian Wulff besuchte bei seinem ersten Auslandsbesuch zuerst das Europäische Parlament in Straßburg. Beim Einzug begrüßten ihn schon viele deutsche Abgeordnete und Assistenten freudig. Nach einem Gespräch mit Parlamentspräsident Buzek traf sich Wulff auch mit den 99 deutschen Abgeordneten.

„Das zeigt Wulffs selbstverständliche europäische Überzeugung und sein Gespür für die politische Bedeutung der europäischen Einigung“, freute sich Dr. Ulmer.

Dieser Besuch bildete den Auftakt für seine Treffen mit den übrigen EU-Institutionen. Nach einem Besuch in Paris wird der Bundespräsident noch Kommissionspräsident Barroso und Ratspräsident Van Rompuy treffen.

„Der Bundespräsident setzt die richtigen Prioritäten und zeigt Herz und Kompetenz für Europa. Ich freue mich, zusammen mit meinen Kollegen, auf eine konstruktive und freundschaftliche Zusammenarbeit im Interesse der Menschen in Europa“, so Ulmer.

Aufbruch in ein neues Verkehrszeitalter: Intelligente Verkehrssysteme sollen für reibungslosen Verkehr sorgen

Das Europäische Parlament verabschiedete eine Richtlinie zur Einführung intelligenter Verkehrssysteme (IVS) im Straßenverkehr und für deren Schnittstellen. IVS schaffen durch Echtzeitverkehrs- und Reiseinformationsdienste die Voraussetzungen für einen reibungslosen Verkehrsfluss. „Mit IVS können wir die Schwachstellen im Verkehr, wie z.B. Staus, beseitigen.“

Somit kommen wir unserem Ziel, den Verkehr sauberer, effizienter und sicherer zu gestalten ein gutes Stück näher“, kommentiert Dr. Ulmer die Abstimmung. Basierend auf IVS kann nun das elektronische Notrufsystem „eCall“ EU-weit eingeführt werden und auch Telematik gestützte Park- und Reservierungssysteme für LKW und gewerbliche Fahrzeuge angeboten werden.

Die Vorteile von IVS sind deutlich: Verknüpfung verschiedener Verkehrsträger, Kapazitätsoptimierung von Infrastrukturen und willkommene Zusatzdienste für Privat- und Geschäftspersonen. Intelligente Verkehrssysteme sollen nun ein integrierter Bestandteil neuartiger Fahrzeuge und Infrastrukturen werden. „Die Basis dafür ist mit dieser Richtlinie geschaffen.“

Nun müssen die Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass die IVS-Anwendungen mit bestehenden Systemen kompatibel sind, IVS für alle Verkehrsträger und ihre Schnittstellen nutzbar ist und eine räumliche Aufsplitterung vermieden wird“, erklärt der Europa-abgeordnete weiter. Um Datenschutz zu gewährleisten, sollen nur anonyme Daten verwendet werden und für personenbezogene Daten eine Zweckbegrenzung gelten mit vorheriger Zustimmung für deren Verarbeitung.

Spätestens ein Jahr nach Vorlage eines konkreten IVS-Anwendungsgebiets und der dazugehörigen Kosten-Nutzen-Analyse durch die Kommission, soll ein legislatives Verfahren zur verpflichtenden Einführung dieses Dienstes eingeleitet werden. „IVS fügen sich harmonisch in das Programm EU 2020 ein, da sie u.a. umfangreiche Forschungs- und Entwicklungsaufträge auslösen“, so Dr. Ulmer.



NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Europaparlament fordert starke EU-Finanzmarktaufsicht und begrenzt die Banker-Boni



Foto: © birgitH / pixello.de

Die Abgeordneten setzen sich für eine strengere EU-Finanzmarktaufsicht ein, um künftige Krisen zu vermeiden. „Nationale Spielwiesen haben in einem grenzenlosen Finanzbinnenmarkt keinen Platz mehr. Allein eine grenzüberschreitende Aufsicht wird einem grenzüberschreitenden Finanzmarkt gerecht“, bekräftigt Dr. Ulmer. Daher soll es ab Januar 2011 drei Behörden geben, die den Finanzmarkt überwachen: Wertpapieraufsicht (ESMA), Bankenaufsicht (EBA), Versicherungs- und Pensionsfondsaufsicht (EIOPA).

Bisher wollen sich die Finanzminister der Mitgliedstaaten – auf Druck Großbritanniens – den Entscheidungen der EU-Gremien jedoch nicht beugen, wenn diese Auswirkungen auf die nationalen Haushalte haben. Die Abgeordneten sind sich jedoch einig: Stabilität im Finanzmarkt – ganz ohne milliardenschwere Bankenhilfen – wird es nur durch pan-europäische Anstrengungen geben. „Wenn wir eines aus der Krise des Euro gelernt haben sollten, dann ist es, dass politischer Spielraum bei Entscheidungen über die Stabilität des Finanzmarktes und der gemeinsamen Währung Gift ist. Nationale Machtfragen müssen in dieser Sache ganz klar zurücktreten! Deshalb erwarte ich eine konstruktive Mitarbeit des Rats, um den Starttermin Anfang 2011 zu halten“, fordert Dr. Ulmer.

In der Zwischenzeit billigten die Abgeordneten eine EU-Richtlinie zur Begrenzung von Banker-Boni. „Boni-Zahlungen sollen vom tatsächlichen Erfolg eines Managers abhängig sein und müssen deshalb auf nachhaltigen Erfolg ausgerichtet sein anstatt auf kurzfristige Geschäfte“, so Ulmer. Die Richtlinie besagt, dass höchstens 30 % der Prämien bar ausbezahlt werden dürfen und diese auf drei bis fünf Jahre gestreckt werden. Pensionen müssen außerdem zunächst im Reservekapital der Bank verbleiben und geschätzte Spitzenbänke können künftig nicht mehr mit einem goldenen Handschlag rechnen. „Übermäßige Risikobereitschaft der Banker wird nun nicht mehr länger belohnt“, zeigt sich Dr. Ulmer zufrieden.

EU-Beitrittsverhandlungen mit Island aufgenommen



Foto: © Hannelore Dittmar-Ilgner / pixello.de

Im Juli 2009 hat Island die EU-Mitgliedschaft beantragt. Im Februar 2010 gab die Kommission grünes Licht und befürwortete die Aufnahme von Beitrittsgesprächen. Der Kommissionsbericht legt dar, dass Island viele der europäischen Werte teilt, die Menschenrechte achtet und eine fest verankerte Demokratie hat. Außerdem ist Island schon Teil des Europäischen Wirtschaftsraums und hält sich bereits an die meisten EU-Rechtsvorschriften.

Dr. Ulmer, Europaabgeordneter und Vizepräsident der Delegation für die Beziehungen zur Schweiz, zu Island und Norwegen, zeigt sich erfreut: „Der Rat hat sich nun der befürwortenden Stellungnahme der Kommission angeschlossen und somit können jetzt die Beitrittsverhandlungen mit Island beginnen!“

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU). Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantw.). Telefon: 21, 74821 Mosbach, Telefon 06261 893991, Telefax 06261 893099
Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, Mobil 0171 6809454

Powered by: www.busse-nahrgang.com

Bildnachweise: 12-11-09 Pano hemi 6.jpg Copyright © Photo Parlement European; © Foto Wulf / Dr. Thomas Ulmer MdEP; © Günter Havlena / pixello.de; © Rainer Sturm / pixello.de; © birgitH / pixello.de; © Hannelore Dittmar-Ilgner / pixello.de; © Paul-Georg Meister / pixello.de; / Texte: Dr. Thomas Ulmer MdEP

E-Mail: info@thomasulmer.eu; Internet: www.thomasulmer.eu

Telefonieren im EU-Ausland wird günstiger



Foto: © Günter Havlena / pixello.de

Die Roaming-Verordnung, die im Juni 2009 erlassen wurde, geht in die nächste Runde. So dürfen ab 1. Juli 2010 abgehende Anrufe im EU-Ausland maximal 39 ct/min. (zzgl. MwSt.) kosten und eingehende Anrufe maximal 15 ct/min. Darüber hinaus sind die Mobilfunkbetreiber verpflichtet, ab der 31. Minute sekundengenau abzurechnen. Für das mobile Surfen im EU-Ausland wurde ein Höchstpreis von 80 ct/MB festgelegt. 2011 sinken die Preise für mobiles Telefonieren im EU-Ausland auf 35 bzw. 11 ct/min und das mobile Surfen im Internet kostet dann maximal 50 ct/MB.

Diese Verordnung gilt vorerst bis zum 30. Juni 2012. „Die Kommission wird bis Mitte 2011 prüfen, ob und wie diese Verordnung finanzielle Vorteile für Verbraucher gebracht hat und auch vor allem, wie sich der Wettbewerb zwischen den Netzbetreibern entwickelt hat“, erklärt Dr. Ulmer. „Bisher scheinen die Verbraucherpreise zwar gesunken zu sein, jedoch funktioniert der Wettbewerb im EU-Roamingmarkt leider noch nicht gut genug“, fügt der Europaabgeordnete hinzu. Verbraucher können in Zukunft mit weiteren Preissenkungen rechnen, da die Klage einiger Mobilfunkbetreiber vor dem EuGH gegen diese Roaming-Verordnung erst im Juni 2010 abgewiesen worden ist.

Europaparlament vertritt vehement den Willen der europäischen Bürgerinnen und Bürgern und fordert ein Verbot von Klonfleisch

Kommission und Ministerrat wollen Klonfleisch in die EU-Verordnung zu so genannten Neuartigen Lebensmitteln („Novel Foods“) aufnehmen. Das Europaparlament geht in diesem Punkt auf Gegenposition und fordert ein klares Verbot von Klonfleisch. „Europäische Bürgerinnen und Bürger fühlen sich bei diesem Thema unwohl und wollen kein Klonfleisch auf dem Tisch. Das verstehe ich, denn ich vertrete dieselbe Meinung. Wir werden auf keinen Fall das Fleisch geklonter Tiere und deren Nachkommen in der EU zulassen!“, zeigt sich der Europaabgeordnete Ulmer bürgernah und versteht nicht, wieso Rat und Kommission so wenig Kompromissbereitschaft zeigen.



Foto: © Paul-Georg Meister / pixello.de

Die ethischen Aspekte sind außerdem weitreichend, sodass das Thema Klone als bioethisches Problem das Parlament noch lange beschäftigen wird. „Sollte die Technik des Klonens weiter perfektioniert werden, so wird langfristig auch das Klonen von Menschen ermöglicht und vereinfacht“, befürchtet der Europaabgeordnete, „und das widerspricht eindeutig unseren christlichen Werten und muss daher schon heute eindeutig verboten werden.“ Aus agrarpolitischer Sicht gibt es darüber hinaus überhaupt keinen Anlass, auf das Fleisch geklonter Tiere zurückgreifen zu müssen, denn die Versorgungslage in der EU ist absolut ausreichend.

Eine rein lebensmittelrechtliche Betrachtung ist in diesem Fall nicht angebracht, da das Fleisch geklonter Tiere zwar nicht in jedem Fall gesundheitsschädlich ist, aber mit Risiken verbunden ist. Viele der Tiere werden im weiteren Lebensverlauf quälend, da sie häufig an Herz- und Lungenkrankheiten oder Immunschwächen leiden. „Das ist eindeutig Tierquälerei!“, kommentiert Dr. Ulmer.